



## Medienmitteilung

Zürich, 13. Februar 2025

### **Beschlüsse der Kommissionen**

#### **STGK: Regelung zum 3-Prozent-Quorum soll angepasst werden**

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Vorlage betreffend «Gesetz über die politischen Rechte (GPR), Anpassung der Regelung zum 3%-Quorum bei Kantonsratswahlen» anzunehmen ([5951](#)). Das Geschäft geht auf eine parlamentarische Initiative von SVP-Altkantonsrat Claudio Schmid zurück (KR-Nr. 110/2016). Der Kantonsrat beschloss im November 2020, dass bei Kantonsratswahlen nur Listengruppen den Sprung in den Kantonsrat schaffen sollen, die mindestens 3 Prozent aller Parteistimmen im ganzen Kanton erhalten. Dabei wurde festgelegt, dass sich das 3-Prozent-Quorum auf die Parteistimmen bezieht und nicht auf die Wähler- und Wählerinnenzahlen. Dies ist ein kleiner, arithmetischer Unterschied, der in der Praxis aber kaum Auswirkungen hat. Mit der Vorlage soll die ursprüngliche Regelungsabsicht des Kantonsrats korrekt umgesetzt werden. Die Änderung hat, wenn überhaupt, nur einen Einfluss im Dezimalbereich und hätte auf die letzten drei Kantonsratswahlen keinerlei Auswirkungen gehabt. Dennoch ist sie gemäss Regierungsrat aus Gründen der Konsistenz, Einheitlichkeit und mathematischen Genauigkeit sinnvoll. Dieser Einschätzung folgt auch die Kommission.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

#### **KEVU: Postulat zur Solarstrom-Produktion soll abgeschrieben werden**

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat der GLP betreffend «Solaroffensive II: Auf jedes Dach eine Photovoltaik-Anlage» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 91/2020](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, dafür zu sorgen, dass auf allen geeigneten Dächern von kantonalen Liegenschaften Photovoltaik-Anlagen gebaut werden. In seiner ausführlichen Antwort legt der Regierungsrat dar, dass die Solarstromproduktion auf kantonseigenen Dachflächen laufend zunimmt. Alle geeigneten Dächer bis 2030 mit PV-Anlagen auszustatten, sei aufgrund der beschränkten finanziellen Ressourcen und der Priorisierung laufender Aufgaben (Dekarbonisierung bzw. Heizungsersatz) nicht möglich. Die Dächer und Fassaden würden jedoch im Rahmen von Gesamtinstandsetzungen von Objekten mit PV-Anlagen ausgerüstet, womit die kontinuierliche Zunahme der Solarstromproduktion gut voranschreite.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

#### **KSSG: Anpassung der Verordnung zum Epidemiengesetz**

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von FDP-Altkantonsrätin Bettina Balmer betreffend «Zeitgemässe Verordnung zum Epidemiengesetz» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 279/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, die Vollzugsverordnung zur eidgenössischen Epidemiengesetzgebung aus dem Jahr 1975 zu überprüfen und an die aktuellen



Kantonsrat  
Zürich

Parlamentsdienste

Gegebenheiten nach der Corona-Pandemie anzupassen. Die KSSG stellt mit Zufriedenheit fest, dass der Regierungsrat die Anpassung der Verordnung in Angriff genommen hat.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

*Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.*